

Kriegszulagen für städtische Angestellte und Lehrer.

Erhöhung der bisherigen Zulagen. — Jahreserfordernis 12 Millionen Kronen.

Der Wiener Stadtrat und die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien haben sich gestern, wie die „Mithauskorrespondenz“ berichtet, unter dem Vorsitz des Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit einer Vorlage des Magistrats (Berichterstatter Magistratsrat Dr. Feld) in mehrstündiger Beratung aufs eingehendste befaßt.

Die Beschlüsse, welche noch vor Weihnachten dem Gemeinderat unterbreitet werden sollen, beinhalten eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Kriegszulage und beziehen sich auf sämtliche Beamte, Lehrer und sonstige Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen. Diese neuerliche Zubehaltung erfolgt in der Weise, daß die Gemeinde für das Jahr 1917 die Steuern, welche von den Dienstbezügen im Abzugswege bisher eingehoben wurden, und die Stempelgebühren zur Selbstzahlung übernimmt und außerdem sämtlichen Angestellten eine in monatlichen Raten zahlbare Barzulage flüssig macht, die nach dem Familienstande abgestuft ist. Für die Lehrerschaft werden hierbei jene Bezüge als Grundlage genommen, die ihnen nach dem im Mai dieses Jahres in Wirksamkeit gesetzten Regierungsentwurf zukommen.

Auch allen Bediensteten im Ruhestande sowie den Witwen und Waisen nach städtischen Bediensteten einschließlich der Lehrerschaft wird eine entsprechende Zulage zu ihren Bezügen sowie die Uebernahme der Steuern und Stempelgebühren für das Jahr 1917 gewährt.

Die in Vorschlag gebrachten Zubehaltungen werden ein Jahreserfordernis von nahezu zwölf Millionen Kronen beanspruchen.